

Tipps für die Arztpraxis

Inkassokompetenz

In diesem Beitrag berichten wir über die Inkassokompetenz der AeV – der Ärztlichen Verrechnungsstelle von Ärzten für Ärzte.

Inkasso bedeutet gemeinhin den Einzug von Forderungen. Häufig konzentriert man sich beim Inkasso auf die reine Geldendmachung der Forderung nach dem Rechnungsversand. Entscheidend ist jedoch die gesamte Prozesskette. Nach unseren Erfahrungen ist beim Inkasso von Privatliquidationen der Dreh und Angelpunkt die korrekte Rechnungslegung für die ärztliche Leistung.

Nach § 12 GOÄ sind Vergütungen aus Privatliquidationen fällig, wenn dem Zahlungspflichtigen eine dieser Verordnung entsprechende Rechnung erteilt worden ist. Da eine Zeit nach dem Kalender bestimmt worden ist, tritt der Verzug automatisch bei Nichtzahlung der Rechnung ab Zugang ein. Dies weicht aber deutlich von der landläufigen Meinung vieler Privatversicherten ab. Danach tritt der Verzug erst nach 30 Tagen bzw. nach Kostenerstattung durch die Versicherung oder Beihilfe ein. Dem ist aber nicht so. Damit unterliegen die Versicherten einem Irrtum, der aufgrund mangelnder Kenntnis der GOÄ beruht. Es ist daher notwendig, dass die Patienten am besten vor Abschluss des Behandlungsvertrages darauf hingewiesen werden, dass der Patient Vertragspartner des Arztes ist und somit für den Ausgleich der in Anspruch genommenen Leistungen zuständig ist.

Außerdem sollte auch im Behandlungsvertrag ein Hinweis erfolgen und erforderlichenfalls eine genaue Fälligkeit bestimmen, z.B. 14 Tage ab Rechnungsdatum. Andererseits können Fälligkeit und damit ein Verzug nicht eintreten, wenn noch keine Rechnung nach § 12 GOÄ erstellt worden ist. Ist z.B. der Honorarbetrag dem Patienten genau bekannt und die Behandlung abgeschlossen, kann der Arzt den Betrag beim Patienten nicht anmahnen, weil noch keine Rechnung vorliegt.

Jedoch kann der Arzt allerdings durch Verschiebung der Rechnungsstellung die Fälligkeit und damit den Beginn der Verjährung in die Zukunft verschieben. Damit eine Fälligkeit eintritt, müssen folgende formalen Voraussetzungen gegeben sein:

- *Datum der Leistungserbringung*
- *Gebührenziffer, Leistungslegende, Mindestdauer, Betrag und Steigerungssatz*
- *Minderungsbetrag nach § 6a GOÄ*
- *Betrag, Art und Berechnung der Entschädigung nach den §§ 7-9 GOÄ*
- *Betrag und die Art der Auslagen nach § 10 GOÄ*

Die Einhaltung dieses Formalismus ist für die Fälligkeit von grundlegender Bedeutung. Allerdings hat dies auch seine Grenzen. So wird seitens Patienten oft fälschlich angenommen, dass bei Unklarheiten in der Rechnung der gesamte Rechnungsbetrag nicht fällig wäre. Nach dem Schutzzweck des § 12 GOÄ kann der Patient lediglich die strittigen Positionen unter Vorbehalt bis zur Klärung einbehalten, die unstrittigen Positionen sind jedoch umgehend zu begleichen.

Es ist demnach von erheblicher Bedeutung, dass dieser strenge Formalismus eingehalten wird. Dann steht einer sofortigen Fälligkeit der Rechnung gemäß § 12 GOÄ nichts im Wege. Andernfalls kommt es zu Liquiditätsproblemen, da der Geldfluss unnötig verzögert wird.

Wir bieten Ihnen in diesem Zusammenhang verschiedene End-Texte für die Rechnungsstellung an:

1. Sofortige Zahlung gem. § 12 GOÄ
2. Zahlbar innerhalb von 14 Tagen
3. Zahlbar innerhalb von 21 Tagen
4. Zahlbar innerhalb von 28 Tagen
5. Zahlbar innerhalb von 30 Tagen

alles jeweils ab Rechnungsdatum. Die Steuerung der Erinnerungen und Mahnungen wird der Fälligkeit selbstverständlich individuell angepasst. Dies sollte jedoch auch mit dem Behandlungsvertrag harmonisiert werden.

Bei Fragen zu diesem Thema steht Ihnen Herr Reiner Zeman-Böhm unter der Rufnummer 089-896010-731 oder E-Mail r.zeman-boehm@aev.de gerne zur Verfügung.